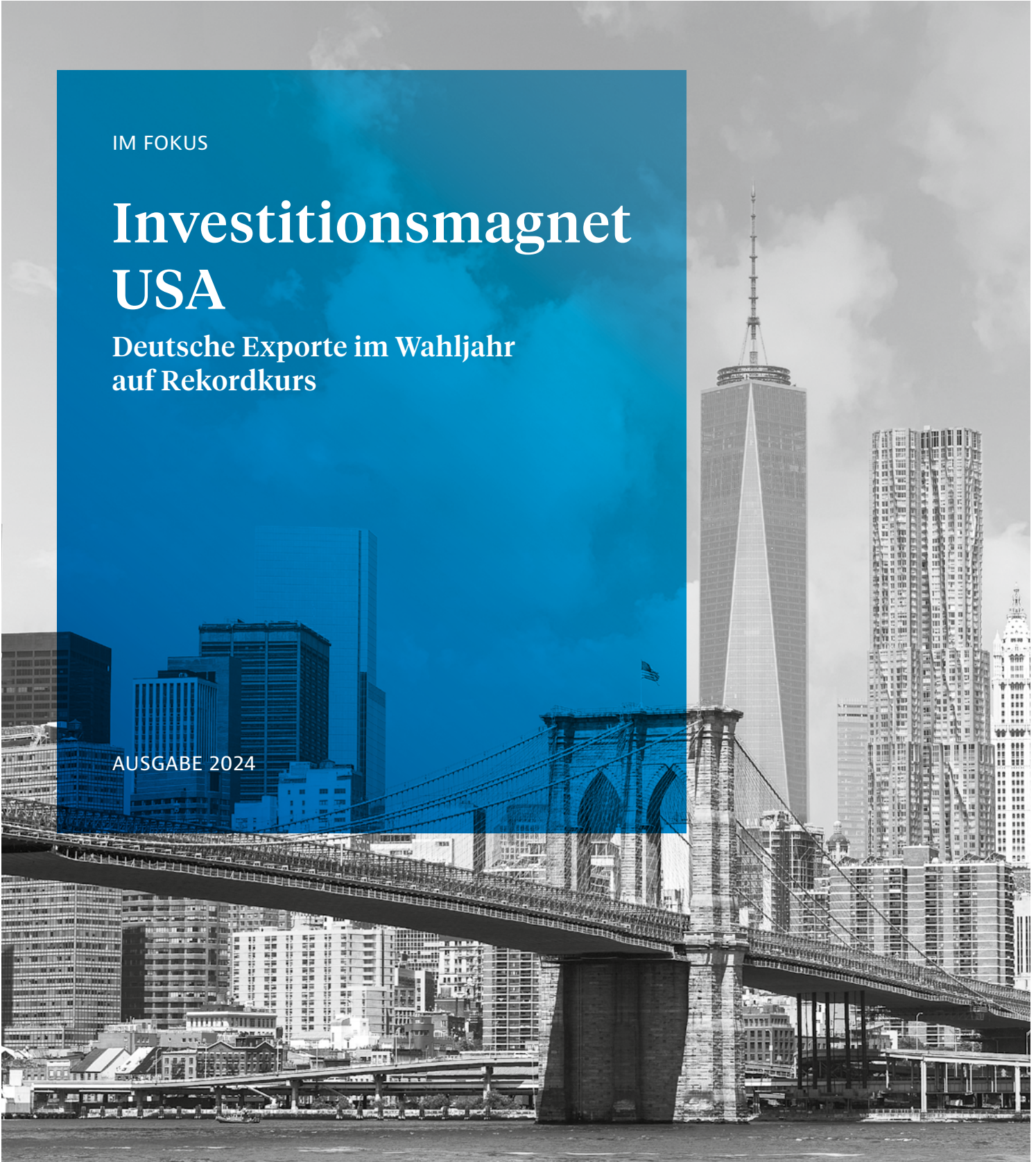


IM FOKUS

Investitionsmagnet USA

Deutsche Exporte im Wahljahr
auf Rekordkurs

AUSGABE 2024



Die USA im Wahljahr

Nur noch wenige Monate – dann wird in den Vereinigten Staaten von Amerika ein Präsident gewählt: Ist der alte wieder der neue? Und: Was wäre eigentlich, wenn ...?

Ausländische Unternehmen bereiten sich auf eine mögliche Wiederwahl von Donald Trump vor. Und zeigen sich gelassen: In einer Umfrage der Deutsch-Amerikanischen Handelskammern (AHK) äußerte sich zu Jahresbeginn nur ein knappes Viertel besorgt. Die Umfrageergebnisse bestätigen sich auch in Gesprächen, die Germany Trade & Invest mit Unternehmensvertretern in den USA geführt hat.

Re- anstelle von Deindustrialisierung: Starke Arbeitnehmer sollen eine resiliente US-Wirtschaft gewährleisten. Das geht aus der handelspolitischen Agenda für 2024 hervor. Für mehr Nachhaltigkeit und eine beschleunigte Dekarbonisierung will die Biden-Regierung zudem eng mit der EU zusammenarbeiten. Auch der Datenschutz rückt zunehmend stärker in den Fokus. Immer mehr US-Staaten erlassen eigene Gesetze – nach dem Vorbild Kaliforniens.

Die vorliegende Publikation gibt einen Überblick über die USA vor der Präsidentschaftswahl. Germany Trade & Invest hat weitere Informationen recherchiert, die Sie unter www.gtai.de/usa finden.



Torsten Fuchs
Senior Manager USA

torsten.fuchs@gtai.de
T +49 228 249 93-933



Inhalt

WAHLKAMPF

- 4 **Keine Angst vor Donald Trump: Die USA vor der Wahl**

ELEKTROMOBILITÄT

- 6 **Hohe Investitionen in der Automobilindustrie**

INDUSTRIEPOLITIK

- 8 **IRA – eine erste Bilanz**

NACHHALTIGKEIT

- 10 **Dekarbonisierung bringt Aufträge für deutsche Firmen**

DATENSCHUTZ

- 12 **Uneinheitliche Handhabung in den USA**

ZOLL

- 13 **Handelsagenda 2024 für resiliente Wirtschaft**

- 15 **IMPRESSUM**

Keine Angst vor Donald Trump: Die USA vor der Wahl

Neuaufgabe des alten Duells

Trump schlug den Weg in Richtung Protektionismus ein, Biden setzte ihn fort. Bei einem Wechsel im Weißen Haus sind keine wirtschaftspolitischen Quantensprünge zu erwarten.

Wahlgeschichte wiederholt sich – diesmal in den USA. Denn seit März steht es fest: Die beiden Kandidaten für das höchste Amt im Staat sind erneut Donald Trump und Joe Biden. Das Rennen könnte am 5. November anders ausgehen als im Jahr 2020. Trump führt in den meisten Wahlumfragen, auch wenn diese nicht so zuverlässig sind wie in Deutschland. Amtsinhaber Biden kämpft derweil mit historisch schlechten Zustimmungswerten. Sein einziger Trost: Trumps Werte sehen nicht viel besser aus.

Doch noch ist nichts entschieden. Analysten weisen gerne darauf, dass auch Barack Obama kurz vor seiner Wiederwahl nicht viel besser dastand als Biden in diesem Frühjahr – und dann die Kehrtwende schaffte. Vor allem, indem er das Image seines Opponenten untergrub. Doch Joe Biden dürfte das schwerfallen. Alles, was zu Trump zu sagen wäre, ist schon hundertfach ausgesprochen worden. Sämtliche Kritik und auch die vielen Anklagen gegen den Republikaner haben dessen Position eher noch gestärkt.

Was wäre, wenn ...?

Langsam, aber sicher bereiten sich ausländische Unternehmen innerlich auf eine mögliche Wiederwahl Trumps vor. Und geben sich dabei erstaunlich gelassen. In einer Umfrage der Deutsch-Amerikanischen Handelskammern (AHK) vom Januar 2024 äußerte sich nur knapp 25 Prozent der Befragten besorgt über die politische Unsicherheit. Dieses Bild bestätigt sich auch in Gesprächen, die Germany Trade & Invest (GTAI) mit Unternehmensvertretern in den USA geführt hat.

Zwei Gründe dürften dafür verantwortlich sein: Viele erwarten keinen grundlegenden Wandel in der Wirtschafts- und Handelspolitik. Außerdem haben die Unternehmen bereits vier Jahre lang Erfahrung mit der Präsidentschaft Trumps gesammelt. Was keiner vor der Kamera oder dem Mikro-

fon sagen will, äußern viele im Gespräch mit GTAI hinter vorgehaltener Hand: Unter Trump seien die Geschäfte weitgehend ungestört weitergelaufen. Die allermeisten seiner Ankündigungen seien Theaterdonner gewesen, um seine Wählerklientel zu bedienen. Tatsächlich umgesetzt habe er wenig.

Unter Joe Biden...

Nach dem Machtwechsel fuhr Joe Biden den trumpischen Politikkurs einfach weiter in Richtung Protektionismus. Den Konflikt mit China weitete er sogar aus, indem er die globalen Lieferungen von Halbleitermaschinen in die Volksrepublik unterband und damit deren technologischen Weiteraufstieg massiv behinderte. Seine großen Konjunkturprogramme garnierte Biden mit Handelshemmnissen, allen voran Quoten für lokale Wertschöpfung (local content). Diese Vorgaben wurden auf den schönen Namen „Build America, Buy America“ getauft. Ob die Ähnlichkeit zu Trumps oft postulierten „America First“ und „Make America Great Again“ gewollt war, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen. Semantisch ist der Unterschied zwischen diesen Slogans gering.

Unter Donald Trump 2.0...

Was würde Donald Trump im Falle seines Wahlsiegs anders machen? Zunächst muss er sich mit dem abfinden, was er vorfindet: Die großen Konjunkturprogramme – der Infrastructure Development and Jobs Act, der Inflation Reduction Act (IRA) und der CHIPS and Science Act – wurden 2021/22 von einer breiten Mehrheit aus Demokraten und Republikanern verabschiedet und haben eine lange Laufzeit. Der IRA läuft bis Ende 2031, also weit über eine mögliche zweite Amtszeit Trumps hinaus. Bei Steuersenkungen, einem Lieblingsthema Trumps, sind die Möglichkeiten beschränkt. Wegen der Konjunkturprogramme leidet der Fiskus unter enormen Einnahmeverlusten, die Verschuldung ufert immer mehr aus.

Es ist angesichts des amerikanischen Wahlsystems nicht unwahrscheinlich, dass die Demokraten trotz eines möglichen Wahlsiegs von Trump in beiden Kongresskammern die Mehrheit stellen, also im Senat und im Repräsentantenhaus. Dann könnten sie zahlreiche Initiativen des US-Präsidenten tor-



Kopf-an-Kopf-Rennen: Wen wählt die amerikanische Bevölkerung 2024 ins Weiße Haus?

pedieren. Zölle kann ein amerikanisches Staats-
oberhaupt jedoch ohne Zustimmung der Abgeord-
neten verhängen. Trumps primäres Ziel wäre China.
Auch für die EU dürfte es in bestimmten Branchen
zusätzliche Zölle geben. Zudem würde Trump seine
Energiepolitik zugunsten von Öl, Gas und Kohle
ausrichten. Ob er den von Biden verfügten Stopp
der Exportgenehmigungen für Flüssiggas zurück-
nimmt, würde stark davon abhängen, wie sehr dies
den einheimischen Gaspreis in die Höhe triebe –
und damit den Unwillen seiner Anhängerschaft.

Kurswechsel in der Außenpolitik

Die größten Auswirkungen für deutsche Unterneh-
men dürften von einer veränderten Außen- und
Sicherheitspolitik ausgehen. Trump will nach
eigener Aussage die militärische und politische
Unterstützung für die Ukraine beenden und sich
stattdessen auf den China-Taiwan-Konflikt kon-
zentrieren. Mit einer solchen Außenpolitik dürfte
er in den USA durchaus auf Zustimmung stoßen.
Für deutsche Exporteure könnte dies bedeuten,
dass sie sich entscheiden müssen, mit wem sie
Geschäfte machen – entweder mit den USA oder
mit China. Der Druck zur Diversifizierung der
Absatz- und Beschaffungsmärkte würde steigen.

Anhaltender Wirtschaftsboom

Wer auch immer am 5. November das Rennen
machen wird – die US-Wirtschaft wächst weiter.
Denn die Konjunkturpakete sorgen mittelfristig
dafür, dass die vielerorts marode Infrastruktur
modernisiert wird. Die größte Wirkung entfaltet
dabei der IRA: De facto nicht gedeckelte Steuer-
gutschriften sorgen dafür, dass sich emissionsarme
Technologien erstmals auch wirtschaftlich für die
Investoren lohnen – und teilweise sogar kosten-
günstiger sind als fossile Alternativen. Landesweit
schießen zudem Fabriken wie Pilze aus dem
Boden. Für Autobatterien made in USA entsteht
eine komplette Wertschöpfungskette. Konsum
und Dienstleistungen prägen die USA, die zudem
Speerspitze bei Zukunftstechnologien wie der
künstlichen Intelligenz (KI) bleiben. Fördermilliar-
den schieben die Einlagerung von Kohlendioxid
oder die Erzeugung sauberen Wasserstoffs an. Die
Dekarbonisierung sorgt für ein Auftragsplus auch
bei deutschen Firmen.

Text: Roland Rohde



Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/usa-als-standort

Hohe Investitionen in der Automobilindustrie

Komplette Wertschöpfungskette für Batterien entsteht

Die US-Autoindustrie steckt viel Geld in die Elektromobilität: Die einzelnen Teile einer Autobatterie werden künftig alle im Inland produziert.

Der Automarkt in den USA befindet sich im Aufwind. Die National Automobile Dealers Association (NADA) erwartet, dass im Jahr 2024 die Schlüssel für rund 15,9 Millionen neu verkaufte Pkw übergeben werden – ein Plus von 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die historischen Höchststände werden damit allerdings noch nicht wieder erreicht. Vor der Coronapandemie waren noch über 17 Millionen Pkw in den Vereinigten Staaten verkauft worden.

Bei den Elektroautos ist die große Euphorie zunächst verfliegen. Zwar wurden 2023 mehr als 1,1 Millionen batterieelektrische Pkw abgesetzt, was einem Anstieg von 52 Prozent gleichkommt. Mit einem Marktanteil von 7,7 Prozent hinken die USA einer führenden Elektroautomation wie China jedoch hinterher.

Emissionsauflagen beeinflussen die Marktentwicklung

„Batteriefahrzeuge dürften 2024 ihren Anteil am Pkw-Absatz auf rund 10 Prozent steigern, im Folgejahr sind etwa 15 Prozent drin“, so Stephanie Valdez Streaty von Cox Automotive. Damit wachsen die Verkaufszahlen langsamer als erwartet. Die Gruppe der Early Adopters ist mittlerweile weitgehend bedient, sodass der Markt frische

Impulse braucht. Eine wichtige Rolle spielen verschärfte Emissionsgrenzwerte der Umweltschutzbehörde Environment Protection Authority (EPA). Nach Protesten der Autoindustrie fallen die Auflagen zwar milder aus als ursprünglich geplant. Bis 2032 muss der reine Elektroanteil im Neuwagenmarkt dennoch auf rund 56 Prozent ansteigen, damit die Anforderungen erfüllt werden können.

Autobauer geben bei Investitionen weiter Vollgas

Die aktuelle Kaufzurückhaltung bei Elektroautos wird deshalb überwiegend als Zwischentief betrachtet. Einige Hersteller verschieben die Einführung neuer Elektromodelle auf 2025 und 2026. Die Investitionen bewegen sich hingegen auf Rekordniveau.

„Mehr als 100 Projekte, beispielsweise für Elektroautos oder Batterien, sind derzeit im Gange oder geplant, was einer Investitionssumme von mehr als 230 Milliarden US-Dollar (US\$) entspricht“, so Gary Silberg, Global Head of Automotive bei KPMG. „Das ist die mit Abstand größte Investitionswelle in der Geschichte der US-Automobilindustrie.“

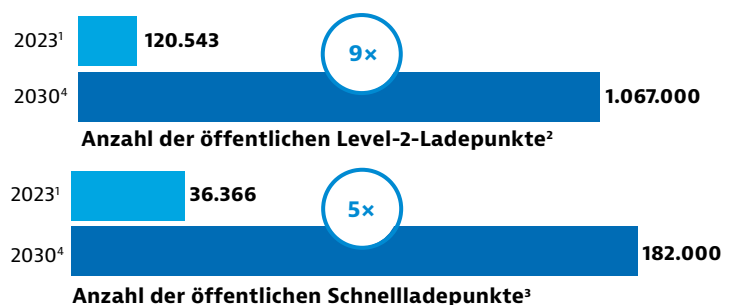
Beflügelt wird der Boom durch Subventionspakete wie das Bipartisan Infrastructure Law (BIL) oder den Inflation Reduction Act (IRA). Sie stellen ein ganzes Arsenal an Förderungen bereit – von Investitionszuschüssen bis zu Steuergutschriften.

Benötigte Ladeinfrastruktur in den USA



33 Millionen

erwartete Elektroautos im Jahr 2030⁴



1) Stand: 20. November 2023; 2) bis 19 Kilowatt Wechselstrom; 3) 50–350 Kilowatt Gleichstrom; 4) Prognose.
Quellen: National Renewable Energy Laboratory 2023, U.S. Department of Energy Alternative Fuels Data Center 2023

Boom bei Batteriefabriken

Ein Kernziel ist der Aufbau einer lokalen Batterie-zellenproduktion. Als Folge der Subventionen wird in den USA eine entsprechende Fabrik nach der anderen hochgezogen. Bis 2028 dürften insgesamt 45 Anlagen mit einer Kapazität von 1.037 Gigawattstunden in Betrieb sein. Dies würde ausreichen, um mehr als 10 Millionen Elektrofahrzeuge pro Jahr zu produzieren. Der von der EPA für 2030 prognostizierte Gesamtbedarf könnte damit bereits gedeckt sein.

Die US-Autobauer kooperieren dabei insbesondere mit Partnern aus Südkorea. So errichtet General Motors mit LG Energy und Samsung SDI ein Netzwerk aus insgesamt vier Batteriezellfabriken mit einer Gesamtkapazität von 160 Gigawattstunden. Ford baut mit SK On drei Fertigungsstätten mit einer Gesamtkapazität von 120 Gigawattstunden. Zudem ziehen Hersteller wie LG Energy oder Panasonic (Japan) Werke in Eigenregie hoch.

Batteriefertigung nur noch im Inland

Washington nutzt den IRA als mächtigen Hebel in der Industriepolitik. So gelten hohe Anforderungen an die lokale Wertschöpfung. Vor allem aber sind die Steuervorteile so ausgestaltet, dass Fahrzeuge mit Batteriekomponenten aus China oder anderen als bedenklich eingestuften Staaten seit dem Jahr 2024 von der Förderung ausgeschlossen sind. Ab 2025 gilt dies auch für Batterierohstoffe.

Unter den Autobauern löst dies einen Wettlauf um IRA-konforme Batteriekomponenten aus. Von der Kathoden- und Anodenherstellung bis hin zu Raffinerien für Lithiumhydroxid entsteht eine komplette Wertschöpfungskette. Über 200 Projekte sind am Start, einschließlich Vorhaben für Batteriebauteile wie Separatoren oder Elektrolyt.

US-Wahl birgt Risiken

Die Zukunft der Elektromobilität ist durch die US-Wahl im November 2024 auch politischen Risiken ausgesetzt. Einige Republikaner sprechen sich nicht nur gegen die verschärften Umweltauflagen der EPA aus. Auch die hohen Subventionen sind vielen Vertretern ein Dorn im Auge. Beobachter halten Gesetzespakete wie den BIL oder den IRA jedoch für so weitreichend, dass sie nicht so einfach vollständig zurückgenommen werden können. Für tiefgreifende Änderungen wären neben der Herrschaft über das Weiße Haus auch klare Mehrheiten in beiden Kongresskammern erforderlich.

Wichtige Investitionsprojekte in der Kfz-Industrie In Milliarden US-Dollar

Ford BlueOval City

Investitionssumme:
5,6

Geplante Fertigstellung:
2025

Anmerkung:
neues Werk in Stanton (Tennessee) für den Bau von rund 500.000 Elektrofahrzeugen pro Jahr; Bau einer angeschlossenen Batteriefabrik

Hyundai Metaplant

Investitionssumme:
5,5

Geplante Fertigstellung:
2025

Anmerkung:
neues Werk in Bryan County (Georgia) für den Bau von zunächst 300.000 Elektrofahrzeugen pro Jahr

General Motors

Investitionssumme:
4,0

Geplante Fertigstellung:
bis 2028

Anmerkung:
Ausbau des Werks Orion (Michigan) für die Montage von bis zu 600.000 Elektrofahrzeugen pro Jahr

Scout Motors (Volkswagen)

Investitionssumme:
2,0

Geplante Fertigstellung:
bis Ende 2026

Anmerkung:
neues Werk in Blythewood (South Carolina) für den Bau von rund 200.000 Elektroautos pro Jahr

BMW

Investitionssumme:
1,7

Geplante Fertigstellung:
bis Ende 2026

Anmerkung:
Ausbau des Werks in Spartanburg (South Carolina) für die Fertigung von sechs batterieelektrischen Modellen, Bau einer angeschlossenen Batteriefabrik

Quelle: Recherchen Germany Trade & Invest 2024

Zudem: Rund die Hälfte der Investitionen in der Autoindustrie fließen in republikanisch regierte Südstaaten. In der lokalen Politik stoßen diese Projekte mit ihren Arbeitsplätzen auf Zustimmung. Staaten wie Georgia, South Carolina, Kentucky oder Tennessee stellen sogar weitere Fördermittel für die Produktion von Elektroautos und Vorhaben in der Batteriewertschöpfungskette bereit. Sollte es in Washington jedoch zu einem Stimmungswechsel in Sachen Elektromobilität, verbunden mit drastischen Kürzungen bei der Förderung kommen, dürfte die Investitionsoffensive ihren derzeitigen Schwung verlieren.

Text: Heiko Stumpf



Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/Batterien

IRA – eine erste Bilanz

Turbo per Steuergutschrift

Der Inflation Reduction Act (IRA) löst eine Investitionswelle in den USA aus. Von der steigenden Kapitalgüternachfrage profitieren – trotz Handelsschranken – deutsche Firmen. Das könnte sich ab 2026 ändern.

Der im August 2022 von US-Präsident Joe Biden in Kraft gesetzte Inflation Reduction Act fördert vor allem erneuerbare Energien und Umwelttechnologien. Außerdem soll er die einheimische Produktion von Elektroautos, Batterien und Solarmodulen ankurbeln. Anderen Branchen, etwa der Metall- und Stahlindustrie, soll die Umstellung auf klimafreundliche Energieträger wie Wasserstoff erleichtert werden. Schon nach einem guten Jahr stellte sich heraus: Das Programm ist aus Sicht der Industrie ein Riesenerfolg.

In- und ausländische Autohersteller investieren fleißig in neue Fabriken für Elektroautos und Batterien. Projekte im Umfang von 100 Milliarden US-Dollar (US\$) befanden sich Anfang 2024 laut

Recherchen von Germany Trade & Invest in der Pipeline. Investitionen in gleichem Umfang seien für den Bau von Anlagen zur Herstellung von Solarzellen und -panels angekündigt, berichtete Ende 2023 die Solar Energy Industry Association (SEIA). Zwischen 2023 und 2028 sollen sich die Kapazitäten für erneuerbare Energien nahezu verdoppeln, prognostiziert die U.S. Energy Information Administration (EIA).

IRA verursacht Steuerausfälle

Das Klimaschutz- und Konjunkturprogramm funktioniert hauptsächlich über Steuergutschriften. Die direkten finanziellen Aufwendungen in Form von Zuschüssen und Krediten sind gering. Der IRA läuft bis Ende 2031 und ist de facto nicht gedeckelt. Daher lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt sein Fördervolumen nicht beziffern. Mit hoher Wahrscheinlichkeit dürften die Kosten bei über 1 Billion US\$ liegen. Goldman Sachs etwa geht in einer Prognose vom Frühjahr 2023 sogar von 1,2 Billionen US\$ aus.



Brückenschlag in die Zukunft: USA setzen stärker auf grüne Technologien.

Der IRA verursachte bereits kurz nach seiner Einführung enorme Steuerausfälle. Daher mussten gemäß dem US-Finanzministerium im Fiskaljahr 2023 (Ende: 30. September) nahezu 30 Prozent der Ausgaben des Bundes mit Hilfe neuer Schulden finanziert werden. Ein derartiger Haushalt ist nicht nachhaltig. Die Argumente der Biden-Administration, der IRA würde unterm Strich zu mehr Steuereinnahmen führen, dürften sich als illusorisch herausstellen.

Tatsächlich kurbelt der IRA die Fertigung von Produkten in den USA an, die ohne die Förderung häufig nicht kostendeckend wäre. Läuft das Programm aus, drohen Fabrikschließungen. Hinzu kommt ein gewaltiger Schuldenberg. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet, dass die Vereinigten Staaten 2028 mit Italien gleichziehen werden – gemessen an der Schuldenstandsquote.

Basisförderung plus Bonus als Anreiz

Experten beziffern die durchschnittlichen Steuererleichterungen der geförderten Projekte auf 30 bis 40 Prozent der Investitionssumme. Neben einer Grundförderung gibt es oft zusätzliche Bonuspunkte, wenn bestimmte Anforderungen erfüllt werden. Eine Übersicht bietet der Internal Revenue Service (IRS). Dabei zeigt sich: Die genaue Förderquote lässt sich im Voraus nicht immer berechnen. Bei der Offshore-Windkraft gaben 2023 mehrere Kapitalgeber ihre Projekte wieder auf, unter anderem weil sie die erwartete Quote nicht erreichen konnten.

Bei erneuerbaren Energien etwa gibt es Gutschriften (investment tax credits) in Höhe von 30 Prozent; je weitere 10 Prozent bei Investitionen in ehemalige Kohlebergbaugebiete oder Niedriglohnregionen sowie bei der Erfüllung lokaler Wertschöpfungsanteile (local content). Dazu kommen 2,75 US-Cent pro Kilowattstunde produzierten Stroms (production tax credit). Für Anlagen, die ab dem Jahr 2025 in Betrieb gehen, werden beide Fördersysteme zusammengeführt.

Local content bis zu 55 Prozent

Auch in Deutschland wird der IRA aufgrund seiner protektionistischen Ausrichtung kritisiert. Im Fokus stehen Vorgaben zu lokalen Wertschöpfungsquoten. Damit Unternehmen von den Steuergutschriften profitieren, muss die Produktion zu einem bestimmten Anteil im Inland erfolgen. Anfang 2024 lagen die Wertschöpfungsquoten meist bei 30 bis 40 Prozent, mittelfristig sollen sie steigen. Laut dem US-Finanzministerium belaufen

sie sich bei erneuerbarer Energie aktuell auf 40 Prozent und werden 2026 auf 55 Prozent anwachsen. Einzige Ausnahme: Bei Offshore-Windanlagen liegt der Satz bei 20 Prozent – wird aber 2027 die 55-Prozent-Marke erreichen.

Das Gesetz sieht Ausnahmen vor: Wenn es keine oder nicht genügend einheimische Anbieter gibt, können mit entsprechenden Genehmigungen weiterhin Importe genutzt werden, ohne die staatliche Förderung zu verlieren. Theoretisch gilt das Gleiche, wenn inländische Firmen die Produkte nicht zu einem konkurrenzfähigen Preis anbieten können. Fachleuten zufolge wird diese Regelung kaum angewendet. Dadurch können einheimische Firmen teilweise Preise verlangen, die deutlich über dem Weltmarktniveau liegen.

Deutsche Maschinenbauer jubeln

Dass es keine oder zu wenige einheimische Anbieter gibt, ist relativ häufig. Das produzierende Gewerbe der USA ist vergleichsweise klein, das gilt besonders für die Investitionsgüterindustrie. Im Maschinenbau etwa sind US-Firmen zwar bei Universalanlagen gut aufgestellt. Wenn es aber um Spezialmaschinen geht, klaffen in vielen Sparten Lücken.

Davon profitieren deutsche Anbieter. Die Werte der Lieferungen von Maschinen und Anlagen made in Germany in die USA sind 2023 gemäß der International Trade Commission um fast ein Fünftel auf 37 Milliarden US\$ gestiegen. Laut einer AHK-Umfrage vom Januar 2024 sichert das Marktwachstum in Amerika auch Produktion und Arbeitsplätze in Deutschland: In den „German American Business Outlook“ sind Antworten eingeflossen von 224 deutschen Unternehmen, die in den Vereinigten Staaten wirtschaftlich aktiv sind.

Mehr Zuversicht geht fast nicht, denn 99,5 Prozent der Befragten erwarten für 2024 keine Rezession, 91 Prozent wachsende Nettoumsätze und drei Viertel höhere Investitionen. Laut der Erhebung haben 38 Prozent zu Hause mehr Leute eingestellt – Grund: die starke Nachfrage in Übersee. Derzeit erscheint alles rosig. Das könnte sich jedoch ändern, wenn ab 2026/27 der „local content“ auf 55 Prozent steigt.

Text: Roland Rohde



Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/IRA

Dekarbonisierung bringt Aufträge für deutsche Firmen

Industrie investiert in Klimafreundlichkeit

Fördermilliarden bringen Projekte für Carbon Capture und sauberen Wasserstoff voran. Deutsche Unternehmen sind bei vielen Vorhaben mit im Boot.

Die Vereinigten Staaten wollen bis zum Jahr 2050 klimaneutral sein. Als Zwischenschritt soll der Treibhausgasausstoß bis 2030 um bis zu 52 Prozent gegenüber 2005 sinken. Die Dekarbonisierung der Industrie spielt dabei eine Schlüsselrolle. Denn mit rund 28 Prozent waren die Industriebetriebe im Jahr 2022 nach dem Transportsektor der zweitgrößte Verursacher von CO₂-Emissionen. Deutsche Unternehmen wie Linde, BASF oder RWE sichern sich Marktanteile, um an der Dekarbonisierung mitzuverdienen.

Damit die nachhaltige Ausgestaltung der Dekarbonisierung in Gang kommt, nimmt die Regierung viel Geld in die Hand. Allein das 2021 verabschiedete Bipartisan Infrastructure Law (BIL) stellt insgesamt rund 21 Milliarden US-Dollar (US\$) für industriebezogene Technologien bereit. Weitere Impulse kommen von dem Industrial Demonstrations Program (IDP). Dieses richtet sich beispielsweise an die Stahl-, Aluminium- und Zementindustrie. Durch 33 im März 2024 benannte Projekte sollen pro Jahr rund 14 Millionen Tonnen CO₂ vermieden werden.

Chemiekonzerne setzen auf Carbon Capture
Insbesondere in der chemischen Produktion spielen Kohlenstoffe eine zentrale Rolle, was zwangs-

läufig zu einem hohen CO₂-Ausstoß führt. Viele Unternehmen setzen deshalb auf „Carbon Capture and Storage“ (CCS). Für jede Tonne CO₂, die damit eingespart wird, gewährt der Inflation Reduction Act (IRA) einen Steuerbonus von bis zu 85 US\$.

Chemieunternehmen wollen CCS in mehr als zehn Großvorhaben für die Produktion von blauem Wasserstoff einsetzen. Die Anlagen in den Bundesstaaten Texas und Louisiana erreichen ein Investitionsvolumen von mehr als 35 Milliarden US\$. Gewonnen wird blauer Wasserstoff über Dampfreformierung aus Erdgas. Allerdings entweicht dabei nahezu kein CO₂ in die Atmosphäre, sondern wird sicher gespeichert oder industriell genutzt. Durch die Vermischung von blauem Wasserstoff mit Stickstoff entsteht Ammoniak, ein Grundstoff beispielsweise für Düngemittel.

Der niederländische Hersteller OCI Global errichtet derzeit eine Anlage, in der ab 2025 rund 1,1 Millionen Tonnen blauer Ammoniak produziert werden soll. Das einstige deutsche Traditionsunternehmen Linde spielt bei dem Vorhaben eine zentrale Rolle, denn es steuert den erforderlichen blauen Wasserstoff sowie Stickstoff bei. Linde beziffert die Investitionen auf 1,8 Milliarden US\$.

Weitere Vorhaben mit deutscher Beteiligung
RWE aus Essen ist zusammen mit Mitsubishi und Lotte an einem vergleichbaren Projekt in Corpus Christi (Texas) beteiligt. Im für 2030 anvisierten Endausbau könnten bis zu 10 Millionen Tonnen

Zuschussprogramme für industrielle Dekarbonisierung

In Milliarden US-Dollar



Quelle: Office of Clean Energy Demonstrations (OCED) 2023

Auswahl von Projekten für nachhaltige Chemie in den USA



Ammoniak pro Jahr produziert werden. Auch BASF und Yara evaluieren die Produktion von blauem Ammoniak an der amerikanischen Golfküste. Gemeinsam prüfen sie die Machbarkeit einer Anlage mit einer Gesamtkapazität von bis zu 1,4 Millionen Tonnen pro Jahr. Für die norwegische Yara wäre dies das zweite US-Projekt. In Ingleside (Texas) investiert der Konzern in den nächsten Jahren rund 2,8 Milliarden US\$.

Bei anderen Vorhaben kommen deutsche Unternehmen als Ausrüstungslieferanten zum Zug: Der größte amerikanische Düngemittelhersteller CF Industries plant zusammen mit der japanischen Mitsui den Blue Point Complex in Louisiana, der mindestens 1 Million Tonnen blauen Ammoniak produzieren soll. Als Technologieanbieter wurde ThyssenKrupp Uhde ausgewählt. Die Entscheidung für das rund 3 Milliarden US\$ teure Projekt wird noch im Jahr 2024 erwartet.

Auch der Konzern Air Products and Chemicals ist in Louisiana aktiv und will rund 7 Milliarden US\$ in den Clean Energy Complex stecken. Das deutsche Unternehmen MAN Energy Solutions liefert dafür sechs Luftkompressorstränge. Der Clean Energy Complex soll 2026 den Geschäftsbetrieb aufnehmen.

Anschubfinanzierung für Wasserstoff-Hubs

Zudem fördert die US-Regierung den Aufbau von sieben Hubs für sauberen Wasserstoff. Diese sollen bis 2030 eine gemeinsame Produktionskapazität von jährlich 3 Millionen Tonnen erreichen. Jeder Hub erhält eine eigene thematische Ausrichtung: Der Midwest Hydrogen Hub will sich beispielsweise auf emissionsarmen Stahl und CO₂-freie Glasherstellung spezialisieren.

Laut dem Department of Energy wird die Nachfrage nach klimafreundlich hergestelltem Wasserstoff bis 2030 auf rund 10 Millionen Tonnen steigen. Um die Produktion anzukurbeln, geizt auch der IRA nicht mit Anreizen. Für jedes Kilogramm Wasserstoff gibt es eine Steuergutschrift von bis zu 3 US\$. Die Höchstsumme kann erreicht werden, wenn pro Kilogramm Wasserstoff weniger als 0,45 Kilogramm CO₂ emittiert wird. Neben grünem Wasserstoff erhält dadurch auch blauer eine Förderung. Allerdings können die Tax Credits für Wasserstoff nicht gleichzeitig mit einer Förderung für CCS in Anspruch genommen werden.

Text: Heiko Stumpf



Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/direct.air.capture

Uneinheitliche Handhabung in den USA

Keine bundesweite Regelung

Ein einheitliches Bundesdatenschutzgesetz gibt es in den USA nach wie vor nicht. Allerdings hat eine Vielzahl von Bundesstaaten in den letzten Jahren über umfassende Datenschutzgesetze diskutiert und diese in einigen Fällen auch erlassen.

Jedes einzelstaatliche Datenschutzgesetz hat einen eigenen Anwendungsbereich, in den grundsätzlich auch ausländische Unternehmen im Rahmen ihrer geschäftlichen Tätigkeiten in den USA fallen können. Das bekannteste Datenschutzgesetz ist der bereits am 1. Januar 2020 in Kraft getretene California Consumer Privacy Act (CCPA), dessen endgültige Regelungen im August 2020 vom California Office of Administrative Law genehmigt worden sind. Zudem haben die kalifornischen Wähler am 3. November 2020 der Verabschiedung des California Privacy Rights Act (CPRA) zugestimmt. Dieser ist am 1. Januar 2023 in Kraft getreten und ergänzt die Regelungen des CCPA.



Mehr Sicherheit im Cyberspace: US-Staaten setzen verstärkt auf Datenschutz.

Viele US-Staaten sind in den vergangenen Jahren dem Beispiel Kaliforniens gefolgt und haben eigene umfassende Datenschutzgesetze erlassen – unter anderem Iowa, Indiana und Tennessee. Die Datenschutzgesetze von Iowa und Tennessee werden im Jahr 2025 in Kraft treten, das von Indiana ein Jahr später.

Neue Gesetze im 2. Halbjahr 2024

Noch im Jahresverlauf 2024 werden weitere Datenschutzgesetze hinzukommen: Am 1. Juli treten die Florida Digital Bill of Rights, der Consumer Privacy Act von Oregon und der Data Privacy and Security Act von Texas in Kraft. Am 1. Oktober folgt der Consumer Data Privacy Act von Montana.

Dabei gibt es Unterschiede in der gesetzlichen Ausgestaltung: Die Florida Digital Bill of Rights hat einen eng gefassten Anwendungsbereich, da sie vor allem für Unternehmen gilt, die einen weltweiten Jahresumsatz von mehr als 1 Milliarde US-Dollar (US\$) erzielen. Der Consumer Privacy Act von Oregon und der Consumer Data Privacy Act von Montana hingegen sehen keine Umsatzschwelle für die Eröffnung ihres Anwendungsbereichs vor. Das texanische Datenschutzgesetz gilt für eine Vielzahl von Unternehmen, da es weder eine Umsatzschwelle noch eine Mindestanzahl von Verbrauchern enthält, deren personenbezogene Daten verarbeitet oder verkauft werden müssten.

Mehr Gesetze auf Ebene der Bundesstaaten

Ein einheitliches Bundesdatenschutzgesetz in den USA ist in naher Zukunft nicht zu erwarten. Im Jahr 2024 und in den folgenden Jahren werden daher höchstwahrscheinlich weitere Bundesstaaten umfassende Regelungen zum Datenschutz erlassen. Für Unternehmen gilt es, diese Entwicklung weiterhin aufmerksam zu beobachten und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Wahrung des Datenschutzes zu ergreifen.

Text: Jan Sebisch



Weitere Informationen finden Sie unter: www.gtai.de/Datenschutz.USA

Handelsagenda 2024 für resiliente Wirtschaft

Rechte der Arbeitnehmer im Blick

Die Handelsbeziehungen zu China stehen in besonderem Fokus der US-Regierung. So auch in der Anfang März veröffentlichten handelspolitischen Agenda. Weitere Punkte: Arbeitnehmerrechte, Lieferketten und der Kampf gegen den Klimawandel.

Der US-Wahlkampf spiegelt sich auch in der Handelspolitik der Regierung wider: Stabile und gut bezahlte Arbeitsplätze sowie Wirtschaftswachstum sind eine wichtige Grundlage für den Wahlerfolg. Besonderes Augenmerk legt die Regierung auf die Bekämpfung von Zwangsarbeit in globalen Lieferketten. Hier nehmen die USA ihre Handelspartner, insbesondere Mexiko und Kanada, in die Verantwortung.

Abkommen mit der EU

Ein weiterer Schwerpunkt sind die Themen Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung. Hier will die Biden-Administration eng mit der EU zusammenarbeiten. Die seit Herbst 2021 laufenden Verhandlungen mit der EU über eine globale Vereinbarung zu nachhaltigem Stahl und Aluminium sollen fortgesetzt werden. Ziel der US-Regierung ist es, Stabilität und Vorhersehbarkeit für Arbeitnehmer der Branche zu gewährleisten. Darüber hinaus wollen die USA weitere Handelspartner wie zum Beispiel das Vereinigte Königreich in die Vereinbarung einbeziehen. Resilienz und Nachhaltigkeit im transatlantischen Handel sowie der Kampf gegen den Klimawandel sollen auch im Rahmen des EU-US-Handels- und Technologierats vorangetrieben werden. Ob eine Regierung unter Donald Trump dies ähnlich handhaben würde, ist ungewiss.

Resiliente Lieferketten durch Diversifizierung

Die Stärkung der Versorgungssicherheit ist ein wichtiger Bestandteil der Handelspolitik der amerikanischen Regierung. Die Lieferketten sollen resilienter werden. Es gilt, die Anfälligkeit gegen Störungen und regionale Abhängigkeiten zu verringern.

Auch Unterbrechungen der Versorgungsketten durch unfaire Handelspraktiken stehen im Mittelpunkt der Politik. Hier haben die USA Schwachstellen erkannt, bewertet und Maßnahmen zu deren Stärkung vorgenommen. Dabei besonders



Mehr Einfuhrkontrollen: Produkte aus Zwangsarbeit sollen draußen bleiben.

im Fokus: Halbleiter, Hochleistungsbatterien, kritische Mineralien, Arzneimittel und aktive pharmazeutische Wirkstoffe. Die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai will dafür weiterhin mit gleichgesinnten Partnern zusammenarbeiten.

Handelsbeziehungen zu China neu ausrichten

Die USA wollen im Jahr 2024 gemeinsam mit ihren Partnern gegen nicht marktwirtschaftliche Handelspraktiken und Zwangsarbeit vorgehen. Im Juni 2023 hatte die US-Regierung dazu eine Erklärung mit Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich veröffentlicht.

Auch der Infrastructure Investment and Jobs Act, der CHIPS and Science Act und der Inflation Reduction Act stärken die US-Position gegenüber China, weil sie Abhängigkeiten verringern sowie amerikanische Firmen und deren Beschäftigte stärken. Der „Uyghur Forced Labor Prevention Act“ verbietet die Einfuhr von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten insbesondere aus der Region Xinjiang.

Text: Susanne Scholl



Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/zoll



Germany Trade & Invest eröffnet Ihnen Perspektiven in Auslandsmärkten

Diese Broschüre bietet Ihnen einen Einblick in unser Informationsangebot zu Auslandsmärkten. Viele weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Internetseite unter www.gtai.de

Globale Expertise

Detailliertes Wissen über die Absatzmärkte ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren im Auslandsgeschäft. Unsere gesamtwirtschaftlichen Länderinformationen verschaffen Ihnen den Überblick. Wir analysieren die Wachstumsperspektiven von Regionen und Märkten und erleichtern Ihnen den Vergleich. Die GTAI-Fachpublikationen zu Zoll-, Steuer- und Handelsrecht erläutern die Bestimmungen und die Rechtspraxis auf Ihrem Zielmarkt. Sie finden länderspezifische Informationen zu allen Themen des Außenwirtschaftsrechts sowie Tipps zur Geschäftspraxis von erfahrenen Fachleuten.



Aktualität garantiert

Täglich informieren wir Sie auf unserer Internetseite zu Ausschreibungen, Entwicklungsprojekten und Investitionsvorhaben.

Persönlicher Kontakt

GTAI unterstützt Sie gerne auch persönlich: Unsere Experten weisen Sie in die richtige Richtung bei der Suche nach Informationen und Kontakten. Rufen Sie uns einfach an: **0228 249 93-0**

Bleiben Sie auf dem Laufenden

-  Aktuelle Neuigkeiten zu Exportthemen erhalten Sie auch auf **X**: @gtai_de
-  Unser **Magazin** „Markets International“ erscheint sechsmal jährlich. Jetzt abonnieren: www.gtai.de/markets-abo
-  Auch auf **Youtube** informieren wir in spannenden Videos über die Weltwirtschaft: www.youtube.com/gtai

Impressum

Herausgeber

Germany Trade and Invest
Gesellschaft für Außenwirtschaft
und Standortmarketing mbH
Villemombler Straße 76
53123 Bonn

T +49 228 249 93-0
F +49 228 249 93-212
info@gtai.de
www.gtai.de

Hauptsitz

Friedrichstraße 60, 10117 Berlin

Geschäftsführung

Julia Braune, Geschäftsführerin/
Sprecherin der Geschäftsführung;
Dr. Robert Hermann, Geschäftsführer

Autoren

Roland Rohde, Washington, D.C.;
Heiko Stumpf, San Francisco;
Jan Sebisch (Recht), Bonn;
Susanne Scholl (Zoll), Bonn

Redaktion/Ansprechpartner

Torsten Fuchs
T +49 228 249 93-933
torsten.fuchs@gtai.de

Layout

Birgit Kamper, Nils Werner, GTAI

Druck

Kern GmbH, 66450 Bexbach
www.kerndruck.de

Bildnachweise

Titelfoto: AdobeStock/TONO BALAGUER;
S.2: Hintergrund: Fotolia/donvictori0;
S.2: Foto Torsten Fuchs: GTAI/Bundesfoto Voelkner;
S.5: AI generated/AdobeStock/ciprian; S.8: Adobe-
Stock/CK; S.12: AI generated/AdobeStock/YURIMA;
S.13: AdobeStock/Destina; S.14: Fotolia/donvictori0;
S.16: AdobeStock/TONO BALAGUER

Kartenmaterial

Die kartografische Darstellung dient nur dem informativen Zweck und beinhaltet keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. GTAI übernimmt keine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials. Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen.

Rechtlicher Hinweis

©Germany Trade & Invest, Mai 2024
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

Bestellnummer

21426

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Über uns

Germany Trade & Invest (GTAI) ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesellschaft sichert und schafft Arbeitsplätze und stärkt damit den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mit über 50 Standorten weltweit und dem Partnernetzwerk unterstützt GTAI deutsche Unternehmen bei ihrem Weg ins Ausland, wirbt für den Standort Deutschland und begleitet ausländische Unternehmen bei der Ansiedlung in Deutschland.

Germany Trade & Invest Hauptsitz

Friedrichstraße 60
10117 Berlin
Germany
T +49 30 200 099-0
F +49 30 200 099-111
invest@gtai.com
www.gtai.com

Germany Trade & Invest Standort Bonn

Villemombler Straße 76
53123 Bonn
Germany
T +49 228 249 93-0
F +49 228 249 93-212
trade@gtai.de
www.gtai.de

